

**KANTONSRATS PROTOKOLL**

Sitzung vom 16. Mai 2017  
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

**P 281 Postulat Meile Katharina und Mit. über Solarstrassen / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Katharina Meile ist nicht mehr im Rat vertreten. Monique Frey hält am Postulat fest.

Monique Frey: Hoffentlich werden sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 21. Mai 2017 endlich von der Atomenergie verabschieden. Mit der Energiestrategie 2050 erhalten wir die Möglichkeit, die erneuerbaren Energien ihrem Potenzial entsprechend zu fördern. Im Moment subventionieren wir den Atomstrom noch mit Milliarden von Franken, weil der Gesetzgeber keine realistischen Rückstellungen für den Rückbau der Gebäude und die Endlagerung der Brennstäbe für die nächsten 100 000 Jahre fordert. Mit dem Billigstrom aus den Atomkraftwerkenbürden wir der nächsten Generation ein immenses Abfallproblem auf. Wir haben nun den Auftrag zu investieren. Bereits vor über 30 Jahren ist mit der Investition in die Solarenergie begonnen worden, ich erinnere an das Solarmobil „Spirit of Biel“. Leider haben wir jedoch danach den Anschluss verpasst. Die öffentliche Hand ist aber auch gefragt. Solarstrassen bieten die Möglichkeit, innovativ zu sein und den Technologiestandort Luzern über die Kantonsgrenze hinaus bekannt zu machen. Nicht nur Solarstrassen sind interessant, auch der Autobahnanschluss Nord über der Reuss in Luzern könnte mit einem Solartunnel versehen werden. Oder im Rahmen des Gesamtprojekts Bypass könnte die Ausfahrt Kriens mit einem langen Solartunnel siedlungsverträglicher gestaltet werden. Dadurch könnte sogar mein Totalwiderstand gegen den Bypass bröckeln. Nicht nur Hausdächer können mit Solarzellen versehen werden, sondern es gibt noch viele andere Möglichkeiten. In diese Technologie gilt es nun zu investieren, trotz klammer Finanzen. Die Grüne Fraktion hält am Postulat fest.

Patrick Schmid: Beim Bau von Solarstrassen handelt es sich um eine sehr interessante Technik. Die Kosten sind gegenüber dem normalen Strassenbau aber mindestens 13 Mal so hoch. Zudem ist die neue Technik noch nicht weit genug fortgeschritten und wenig erprobt. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.

Jürg Meyer: Die Regierung wird mit diesem Postulat dazu aufgefordert, den Einbau von Solarpanels auf Strassen zu fördern und nicht nur zu prüfen. Es ist nicht sinnvoll, in einer Pilotphase bereits Fördermittel zu investieren. Es ist zweckmässiger und effizienter, das zeitlich beschränkte Anreizsystem des Bundes im Sinn der Energiestrategie 2050 zu fördern. Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Guido Bucher: Bei genauerer Betrachtung merkt man, dass diese neue Technik noch nicht so ausgereift ist, wie sie präsentiert wird. Der mittels dieser Technik produzierte Strom ist um ein Vielfaches teurer als anders produzierter Strom. Die Investitionskosten sind zudem sehr hoch. Wer soll für diese Kosten aufkommen? Es ist auch nicht in erster Linie die Aufgabe des Kantons, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen. Der Kanton soll die Schwerpunkte dort legen, wo ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis vorhanden ist. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Josef Schuler: Ich bin selber glücklicher Besitzer einer geeigneten Infrastruktur und decke einen Teil unseres Strombedarfs mit Solarenergie ab. So wie es private Eigentümer und viele Gemeinden tun, sollte auch der Kanton seine Infrastrukturen auf die Möglichkeit

zur Nutzung von Solaranlagen prüfen. Dazu gehören für mich Dächer, Fassaden und Strassen. Unser Energieberater hat den Solarpotenzialkataster des Kantons Luzern konsultiert und verschiedene Möglichkeiten gegeneinander abgewogen. Eigentlich müssten auch Strassen und andere nutzbare Flächen wie Eisenbahnen und Flugpisten in diesen Kataster aufgenommen werden. Ich sehe nicht ein, warum der Kanton nicht auch seine Potenziale ausbauen sollte. Für uns war die Solaranlage eine Innovation, die natürlich mit einem gewissen Risiko verbunden ist, sodass sich die Investition nicht in jedem Fall auch wirtschaftlich lohnt. Ich konnte mir dabei aber sehr viel Know-how aneignen, und mittlerweile habe ich schon bei mehreren Solaranlagen mein Fachwissen in der Planung und Montage einbringen können. Ich finde, dass es sich lohnt, innovativ zu sein. Wir haben im Kanton Luzern genügend junge Leute, welche bei Bedarf ihren Beitrag in Forschung und Entwicklung einbringen würden. Der Kanton könnte für neue Anwendungen der Stromproduktion Anreize geben und aufzeigen, wo und in welcher Art sich bei seinen Infrastrukturen die Stromproduktion lohnt. Es gibt bestimmte Strassenabschnitte, welche sich für die Stromproduktion eignen würden. Teststrecken könnten mit Partnern aus der Industrie auf die Wirtschaftlichkeit geprüft und eventuell gemeinsam erstellt werden. Der Kanton Luzern wäre damit ein Innovationsmotor und könnte so Signale aussenden, dass Innovation, Technologien und Ideen gefördert werden. Unsere heutigen Automobile fahren mit Erdölenergie auf erdöhlhaltigen Pisten. Die Autos der neuen Generation fahren mit Sonnenstrom auf stromproduzierenden Strassen. Die SP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Urs Brücker: Die GLP-Fraktion stimmt dem Postulat zu. Der Kanton Luzern ist der einzige Kanton, in dem die Investition von sinnvollen energetischen Massnahmen nicht von der Einkommenssteuer abgesetzt werden kann. Es besteht also durchaus noch Handlungsbedarf. Beim Einbau von Solarpanels in Strassen handelt es sich um eine spannende Technologie. Mit dieser Technologie könnten in Zukunft gewisse Firmen im Export viel Geld verdienen, auch in der Zentralschweiz. Der Fotovoltaik-Strom war vor nicht allzu langer Zeit ebenfalls 13 Mal teurer als der Atomstrom, inzwischen hat sich das aber geändert.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Sie kennen mich als Förderer der Solarenergie, mein Präsidialjahr stand unter diesem Motto. Wir haben Veranstaltungen durchgeführt, sensibilisiert und den Solarpotenzialkataster eingeführt. Das Postulat fordert explizit, die Panels als Strassenbelag zu montieren, nicht aber an Schallschutzwänden oder auf Tunnels. Die Regierung erachtet diesen Vorschlag nicht als realistisch. Wir haben genügend Möglichkeiten, Schallschutzwände und Überdachungen mit Panels zu belegen und müssen uns nicht einer Technik zuwenden, die wir uns finanziell nicht leisten können. Deshalb ist auch keine Prüfung dieser Technologie notwendig. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 84 zu 26 Stimmen ab.